

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

3. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. April 2000, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 139 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende  
Holger Astrup (SPD)  
Wolfgang Fuß (SPD)  
Renate Gröpel (SPD)  
Günter Neugebauer (SPD)  
Hans-Jörn Arp (CDU)  
Werner Kalinka (CDU) in Vertretung von Rainer Wiegard  
Reinhard Sager (CDU)  
Berndt Steincke (CDU)  
Günther Hildebrand (F.D.P.) in Vertretung von Wolfgang Kubicki  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Heinz Maurus (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Freigabe von 1.400 TDM bei Titel 0802-685 61, Tourismusmarketing</b>	<b>4</b>
Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus Umdruck 15/3	
<b>2. Leasingkonzept im Zusammenhang mit der Stärkung der Gewinnrücklagen der neuen LEG</b>	<b>7</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/4273	
<b>3. Verschiedenes</b>	<b>8</b>

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Freigabe von 1.400 TDM bei Titel 0802-685 61,  
Tourismusmarketing**

Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft  
und Tourismus  
Umdruck 15/3

Die Vorsitzende spricht sich dafür aus, der Bitte von Ministerin Franzen zu entsprechen und die Entscheidung über die Mittelfreigabe für das Tourismusmarketing beziehungsweise die Beratung über den Gesamtkomplex Förderung des Tourismusverbandes um eine Woche auf die Ausschusssitzung am 4. Mai 2000 zu verschieben.

Abg. Sager zeigt sich namens der CDU-Fraktion befremdet darüber, dass die Tourismusministerin hinsichtlich der Freigabe der im Haushalt enthaltenen, dringend benötigten Marketingmittel erneut um Fristverlängerung bitte, und beantragt, über die Entsperrung der Mittel in dieser Sitzung zu entscheiden.

Auch Abg. Maurus setzt sich erneut dafür ein, die im Landeshaushalt eingestellten Marketingmittel angesichts der bevorstehenden Urlaubssaison 2000 sofort freizugeben, um die verfahrenere Situation in Sachen Tourismusverband nicht weiter zu verschärfen. Ein schlüssiges Inhalts- und Finanzierungskonzept könnte auch nächste Woche nicht vorgelegt und müsste grundlegend im Agrar- und Finanzausschuss diskutiert werden.

Abg. Neugebauer erinnert daran, dass die in Rede stehenden Mittel vom Finanzausschuss im Dezember 1999 einmütig gesperrt worden seien, und stellt klar, dass nicht die Landesregierung, sondern der Tourismusverband dafür verantwortlich sei, dass die gemeinsam vereinbarten Ziele von mehr Effizienz, Marktfähigkeit und Öffentlichkeitsarbeit nicht erreicht worden seien.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass sich der Finanzausschuss seit Jahren auf der Grundlage angekündigter Konzepte letztlich immer wieder bereit erklärt habe, dem Tourismusverband Gelder zur Verfügung zu stellen, sieht sich aber außerstande, Fördermittel freizugeben, solange die Auflagen des Finanzausschusses und damit die haushaltsrechtlichen Bedingungen seitens der Verbandes nicht erfüllt würden, dessen Wirtschaftspläne gravierende Mängel aufwiesen. Der Finanzausschuss sollte ins Auge fassen, vorerst nur einen Teil der für Tourismusmarketing eingestellten Mittel freizugeben.

Die Abgeordneten Spoorendonk und Harms bedauern, dass man in der Sache keinen Schritt weitergekommen sei. Die für das Marketing vorgesehenen Mittel müssten angesichts der nahenden Sommersaison schnellstmöglich freigegeben und dem Tourismusverband auch die Möglichkeit eröffnet werden, die geforderte Leistungsfähigkeit nachzuweisen.

Abg. Maurus schließt sich der Aussage des ehemaligen Tourismusministers Buß an, dass eine Nichtfreigabe der in Rede stehenden Mittel „zum einen den nahtlosen Übergang des Marketings vom Tourismusverband auf die TMSH unmöglich machen und zum anderen ein erheblicher Imageschaden und weitere, nicht absehbare Nachteile für den schleswig-holsteinischen Tourismus entstehen würden, da Schleswig-Holstein für informationssuchende Gäste nicht mehr erreichbar und die Marketingvorbereitungen für die Saison 2001 nicht mehr zeitgerecht möglich wären, was in der jetzigen, schwierigen Marktsituation unvermeidbar wäre“ (Umdruck 15/3) und einem Todesstoß des Tourismusverbandes gleichkäme.

Abg. Heinold hält es für entscheidend, dass die Förderung beziehungsweise Mittelfreigabe haushaltsrechtlich korrekt sei, und erwartet in diesem Zusammenhang eine Hilfestellung des Rechnungshofs, welche Auflagen beziehungsweise Verwendungszwecke erfüllt sein müssten, um welche Beträge freizugeben.

Abg. Hildebrand stellt für die F.D.P. unmissverständlich fest, dass die Mittel so lange nicht freigegeben werden könnten, solange die haushaltsrechtlichen Kriterien nicht erfüllt seien. Wie alle Mitglieder des Finanzausschusses kritisiert er, dass der Tourismusverband wirtschaftlich und konzeptionell „nicht in die Puschen kommt“.

RL Helle bittet um Verständnis, dass noch kein beratungsreifer Entsperrungsantrag vorliege, weil Ministerin Franzen noch weitere Gespräche mit den Beteiligten führe. Die Verschiebung der Entscheidung um eine Woche bringe den Tourismusverband nicht in Liquiditätsprobleme. Der von der Ministerin zugesagte kurze schriftliche Bericht werde dem Ausschuss spätestens Anfang nächster Woche rechtzeitig vor der Finanzausschusssitzung zugeleitet werden.

Abg. Astrup legt Wert darauf, dass der Tourismusverband, dessen Wirtschaftsplanung und Controlling komplett versagt hätten und dessen Vorstand deshalb keine Entlastung erteilt worden sei, vor Aufhebung des im Dezember 1999 einstimmig ausgebrachten Sperrvermerks die haushaltsrechtlich gebotenen Auflagen des Finanzausschusses erfüllen müsse.

P Dr. Korthals weist darauf hin, dass die Tourismusministerin nicht verpflichtet sei, die im Haushalt veranschlagten Mittel zu zahlen, wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Das Ministerium müsse dafür Sorge tragen, dass die Fördermittel mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tatsächlich für Marketingmaßnahmen und nicht für das landesweite Reservierungs- und Informationssystem verwendet würden.

Abg. Astrup macht abschließend noch einmal deutlich, dass die SPD ein hohes Interesse daran habe, den Tourismus in Schleswig-Holstein weiter zu fördern, aber auf einer haushaltsrechtlich und konzeptionell soliden Grundlage. Wenn die vom Finanzausschuss einstimmig verabschiedeten Vorgaben nicht umgesetzt würden, werde die Tourismusförderung so auf Dauer nicht weitergehen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass ein endgültiges Konzept des Tourismusverbandes erst Ende September 2000 vorliegen werde.

Der Antrag von Abg. Sager, die gesperrten Mittel in Höhe von 1,4 Millionen DM sofort freizugeben, wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU abgelehnt. Stattdessen soll die Beratung über das Tourismusmarketing in der nächsten Sitzung, am 4. Mai 2000, 11:00 Uhr, unter Beteiligung des Vorsitzenden des Tourismusverbandes sowie des Aufsichtsratsvorsitzenden der Tourismus Marketing Schleswig-Holstein GmbH fortgesetzt und dann über die Freigabe der Haushaltsmittel entschieden werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Leasingkonzept im Zusammenhang mit der Stärkung der Gewinnrücklagen der neuen LEG**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/4273

Abg. Sager bittet das Finanzministerium darzulegen, inwieweit das in Umdruck 14/4273 dargestellte Leasingmodell auf den übrigen Wohnungsbestand übertragbar sei, unter welchen Voraussetzungen öffentlich geförderte Wohnungen veräußert werden und welcher Gesamtverkaufserlös daraus erzielt werden könnten.

St Döring weist darauf hin, dass es sich bei dem in Rede stehenden Leasingkonzept um einen älteren zusammenhängenden Wohnungsbestand mit niedrigen handelsbilanziellen Buchwerten handele. Verkehrswertgutachten der einzelnen Immobilien könnten dem Ausschuss seitens des Finanzministeriums nicht zugeleitet werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Ausschuss stimmt der Ausübung zweier Nebentätigkeiten des Rechnungshofsmitglieds MDgt Siebenbaum zu (Schreiben des Rechnungshofspräsidenten vom 20. April 2000).
- b) Abg. Spoorendonk bittet die Landesregierung, in einer der nächsten Finanzausschusssitzungen über die Situation des Hauptzollamtes Flensburg zu berichten.

St Döring erwidert unter Hinweis auf die Zuständigkeit des Bundes (OFD Hamburg), dass er dem Ausschuss keinen aktuellen Sachstand vortragen könne.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Ursula Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer